



Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 282

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion: Postfach 100, CH-9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51, Fax (075) 237 51 66, E-Mail: redaktion@volksblatt.li
Verlag: Postfach 100, CH-9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51, Fax (075) 237 51 66, E-Mail: verlag@volksblatt.li
Internet-Adresse: http://www.volksblatt.li

DAS WETTER BEI UNS

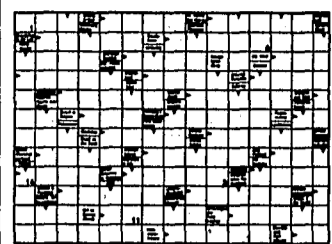
Wechselnd bewölkt
max. 6°
min. -1°

Heute

Stark bewölkt, zeitweise Regen
max. 6°
min. 4°

Morgen

SMA - METEO Schweiz
Weitere Wetterinfos - Letzte Seite



WOCHEENDRÄTSEL

VOLKSBLATT-Wettbewerb

Unsere Leserinnen und Leser können jeden Samstag einen Warengutschein im Wert von 100.- Fr. gewinnen. Seite 32

SAMSTAG

Festspiele bald eine Dauereinrichtung?

UNTERLAND: Nach dem durchschlagenden Erfolg des Freilicht-Festspiels «Der Ritter vom Eschnerberg», das anlässlich der 300-Jahr-Feier des Liechtensteiner Unterlandes in Bendern aufgeführt wurde, ist es durchaus denkbar, dass Festspiele im Unterland bald zur Dauereinrichtung werden könnten. Anhand einer vorliegenden Studie wird derzeit jedenfalls in den Unterländer Gemeinderatsstuben das Kulturprojekt auf seine Machbarkeit hin diskutiert. Seite 5

JAHRHUNDERT-RÜCKBLICK

Erhitzte Gemüter im Geschlechterkampf



Am 26. Juni 1974 brannte die Holzrheinbrücke Bendern - Haag lichterloh.

Weniger als 30 Jahre sind erst vergangen, seit in Liechtenstein eine zum Teil handgreifliche Auseinandersetzung um das Frauenstimmrecht stattfand. Ein offizielles Hauptargument der Gegner des Frauenstimmrechts war, dass die vielen von Liechtensteinern geheirateten Ausländerinnen automatisch Liechtensteinerinnen würden und damit potenziell stimmberechtigt seien. Schon ein Jahr vor der Abstimmung sagte Erbprinz Hans-Adam mit Weitblick: «Wollen wir von anderen Staaten respektiert und anerkannt werden, bleibt uns nichts anderes übrig, als noch andere heilige Kühe zu schlachten. Ich denke unter anderem an das Frauenstimmrecht und die Einbürgerung der alteingesessenen Ausländer...». Was in den siebziger Jahren sonst noch geschah, z. B. die TaK-Gründung, die verwirrenden Machtwechsel, die Brückeneinstürze oder die Gefangennahme des damaligen VOLKSBLATT-Chefredaktors lesen Sie im grossen Jahrhundertrückblick. Seiten 13 - 15

Bald lacht der Kleine Prinz wieder!



VADUZ: Am kommenden Mittwoch ist es soweit: Der Landtag bespricht die erleichterte Einbürgerung unserer Alteingesessenen und unserer Staatenlosen. Drei Jahre lang hat die Aktion Miteinander auf dieses schöne Ziel hingewirkt! Sie verabschiedet sich heute von unserer Leserschaft. Seiten 16 und 17

Türkei neue Kandidatin der EU

HELSINKI: Die EU hat die Zahl ihrer Beitrittskandidaten von sechs auf zwölf verdoppelt. Auch die Türkei erhielt am Freitag auf dem EU-Gipfel in Helsinki den Status eines Beitrittskandidaten. Verhandlungen mit dem Land am Bosphorus sind aber noch nicht vorgesehen. Am Verhandlungstisch sollen ab Februar 2000 auch Rumänien, Bulgarien, Litauen, Lettland, die Slowakei und Malta sitzen. Seite 39

Antrag für PUK eingereicht

Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur Polizei: FBPL überweist Antrag

Die FBPL-Fraktion hat den Antrag zur Bestellung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend der Polizeiaffäre eingereicht. Hierbei stellt die Fraktion der Bürgerpartei drei Fragenkomplexe. Die FBPL betont in ihrer Begründung: «Im Interesse der inneren Sicherheit und der Landespolizei erachten wir es als notwendig, eine parlamentarische Untersuchungskommission mit der Klärung von Fragen zu beauftragen.»

Alexander Balliner

Die Fraktion der Bürgerpartei möchte, dass die Untersuchungskommission hauptsächlich drei Fragenkomplexe beantwortet. Im Speziellen möchte die Bürgerpartei

Antworten auf die folgenden Fragen:

- 1.) Wer ist verantwortlich für die Evaluation, Ernennung und Führung der leitenden Offiziere bei der Liechtensteinischen Landespolizei?
- 2.) Wer zeichnet für den Ablauf der Reorganisation der Landespolizei sowie der daraus resultierenden Konsequenzen verantwortlich? Wer ist für die Umsetzung der Reorganisation zuständig? Wurden die Ziele der Reorganisation erreicht, oder woran scheiterte die Reorganisation?
- 3.) Wie konnte es erneut zu solch schwerwiegenden Unstimmigkeiten kommen, obwohl anlässlich der Interpellationsbeantwortung (22/1998) nach Einschätzung der Regierung bis Ende 1999 die neuen Strukturen greifen sollten? Warum kam es während der Reorganisation zu Austritten und Funktionsniederlegungen innerhalb der Landespolizei?

Sorge um innere Sicherheit

Die Fraktion der Bürgerpartei macht sich Sorgen um die innere Sicherheit unseres Landes. Deshalb reichte sie schon im Februar 1998 eine Interpellation betreffend die Reorganisation der Landespolizei ein. Die nun beantragte parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) soll ebenfalls im Interesse der inneren Sicherheit sowie der Landespolizei die oben stehenden Fragen beantworten. Des Weiteren bemängelt die Bürgerpartei, dass der Landtag vermutlich falsch informiert wurde. Die FBPL-Fraktion unterstreicht: «Offenkundig kann die Reorganisation der Landespolizei die bestehenden Probleme nicht lösen. Es ist sonst zumindest unverständlich, dass die Kündigung eines einzigen Polizeioffiziers eine solche Unruhe auslöst. Die Vermutung drängt sich auf, dass die Regierung diese seit längerem

bestehenden Probleme verheimlicht und den Landtag falsch informiert hat.»

Zudem stellt sich die Bürgerpartei die Frage, ob die Reorganisation schon wieder neu organisiert wurde. Ein Zeichen hierfür könnte sein, dass in der Ausschreibung für die Nachfolge von Christoph Wenaweser, der Amtsleiter der Verkehrs- und Einsatzpolizei war, ein Amtsleiter für die Verkehrs- und Sicherheitspolizei gesucht wird. Die Bürgerpartei führt aus: «Ganz offensichtlich überzeugt die Regierung ihr so vehement verteidigtes Reorganisationskonzept selbst nicht mehr. Wie ist es sonst zu erklären, dass die Regierung vom Konzept abweicht, indem sie einerseits den Bereich Sicherheit verschiebt und andererseits für die Ersatzbestellung des aus dem Polizeidienst ausgetretenen operativen Leiters ein deutlich niedrigeres Anforderungsprofil stellt?» Seite 3

LANGLAUF-SENSATION

Stephan Kunz auf dem Podest

Der Liechtensteiner Stephan Kunz (links) sorgte beim Weltcup der Langläufer im italienischen Sappada für eine Sensation: Der Triesenberger wurde im 15-km-Skatingrennen hinter dem für Spanien laufenden Deutschen Johann Mühlegg Zweiter. Kunz kletterte erstmals überhaupt aufs Podest eines Weltcuprennens. Ein solches Spitzenresultat ist in der Geschichte des Langlauf-Weltcups noch keinem Liechtensteiner Langläufer bisher gelungen. Für das beste Ergebnis hatte bisher Markus Hasler als Siebter gesorgt. Kunz reagiert, wie Sportler in solchen Sternstunden immer reagieren: «Das ist Wahnsinn! Ich glaube es noch immer nicht», sagte er. Auch Liechtensteins kleines Weltcup-Team mit dem neuen Trainer Emil Hoch war gestern völlig aus dem Häuschen. Seite 23



Schweiz hätte viele Leben retten können

Bergier-Bericht: Anerkennung und Lob hier - Ablehnung und Kritik dort

BERN: Die im Bergier-Bericht erhobenen Vorwürfe an die Adresse der Schweizer Flüchtlingspolitik im Zweiten Weltkrieg haben am Freitag in jüdischen Kreisen sowie bei politischen Parteien und Organisationen die unterschiedlichsten Reaktionen ausgelöst.

Von jüdischen Organisationen und Vertretern wurde der Bericht als «wertvoll, ausgewogen und Akt des Mutes» begrüsst. Rechte Kreise dagegen wiesen ihn als «selbstgerechte und unhaltbare Geschichtsschreibung linker Historiker» zurück. Auch die bürgerlichen Bundesratsparteien hielten mit Kritik nicht zurück.

USA: «Sollten uns ein Beispiel nehmen»

«Wir loben die Offenheit und Bereitschaft der Schweiz, sich ehrlich mit ihrer Vergangenheit zu befassen. Diese Anstrengung hat die Schweiz bestimmt stärker gemacht.» Mit diesen Worten begrüsst das US-Aussenministerium den Bericht sowie die Reaktion des Bundesrats. Die Studie sollte anderen als Beispiel dienen, «nicht zuletzt den USA. Die israelischen Reaktionen auf den Bergier-Bericht waren am Freitag wegen des bevorstehenden Sabbat bruchstückhaft. Betont wurde der Mut der Historiker. Kritisiert wurde, dass der Bankenvergleich die Ver-

antwortung der Regierung nicht einschloss. Elan Steinberg, Exekutivdirektor des Jüdischen Weltkongresses in New York, bezeichnete den Bericht als «Meilenstein» in der schweizerischen und europäischen Geschichte. Der Bericht beweise, «dass die Wahrheit eine befreiende, Auftrieb verleihende Wirkung hat».

Auch Robert Swift, einer der führenden Anwälte der Holocaust-Überlebenden und Mitarchitekt der Globallösung, pries die Aufrichtigkeit, mit der die Historiker die Ereignisse geschildert und analysiert hätten. Für den israelischen Botschafter in der Schweiz, Yitzchak Mayer, stellt der Bericht einen «noblen und grossen Akt des Mutes» dar.

Die Schweiz wage es, der Vergangenheit ins Auge zu sehen. Es sei wichtig, dass der Bundesrat seine Entschuldigung wiederholt habe.

Der Ehrenvorsitzende der Jüdischen Cultusgemeinde Sigi Feigel findet den Bergier-Bericht vor allem für die jüngere Generation wichtig. Für die ältere Generation sei der Bericht eine Vertiefung und Ergänzung von bereits Bekanntem. Für Rolf Bloch, Präsident des Holocaust-Spezialfonds und Präsident des Israelitischen Gemeindebundes (SIG), ermöglicht der Bergier-Bericht erstmals eine Gesamtschau der schweizerischen Flüchtlingspolitik während der Nazi-Zeit. Seite 35